

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...
Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...
Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...



Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...
Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...
Abdruck nach dem Inhalt der Schrift und sonstige nachträgliche 5 für den Inhaber des. Inanspruchnahme der...

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt.
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 91.

Mittwoch den 20. April 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Entente fordert die Ablieferung des gesamten Goldbestandes der Reichsbank und aller sonstigen Notenbanken in das besetzte Gebiet. Die Reichsregierung lehnt das ab.
- Infolge des Ausschlusses des Dr. Levi aus der kommunistischen Partei durch deren Zentralkomitee droht der Partei eine Spaltung.
- Der frühere Bischof von Metz, Dr. Beniger, vordem Abt des berühmten Klosters Maria Laach, ist in Baden-Baden im Alter von 68 Jahren gestorben.
- Die nächste Sitzung des Obersten Rates der Entente wird voraussichtlich am 15. Mai in Ostende stattfinden.
- Die französische Regierung hat Befehle zur Einberufung der Jahresschulen 1918 und 1919 ergehen lassen.

Paris oder London?

Wieder beginnen die Spalten der Ententeblätter sich mit Anfeindungen zu füllen, die einer neuen Konferenz der Entente-Regierungen gelten. Die einen wollen sie nach Paris, die andern nach London einberufen, die einen die Vereinigten Staaten an ihr teilnehmen lassen, die andern sie von ihr ausschließen. Kurz, das forschende Säbelgerassel vorer um Marschall Foch hat wieder einmal einigen schwankenden Unsicherheiten über den nächsten Gang der Dinge Platz gemacht. Die Erklärung der britischen Regierung, daß sie bereit sei, etwaige neue deutsche Vorschläge, falls sie sich als Grundlage neuer Verhandlungen eignen sollten, gewissenhaft zu prüfen, hat doch wohl in Paris einiges Nachdenken verurteilt, und kein Tag vergeht seitdem, ohne daß Herr Briand und seine Mitarbeiter bei allen harten Worten, die sie immer noch bereit haben, die Versicherung hinzuzufügen, daß sie über alles das, was sie zu tun gedachten, sich noch mit ihren Verbündeten ins Einvernehmen setzen würden.

So wird jetzt über die vor wenigen Tagen abgehaltene Geheimkonferenz im Elisee bekanntgegeben, daß die hier gefaßten Beschlüsse durch eine Kommission näher ausgearbeitet und nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollten, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nach dem Versailler Vertrage bis dahin nicht erfüllt habe. Die Konferenz der Alliierten würde aber wohl kaum vor Mitte Mai stattfinden können. Bis dahin hätten also die französischen Sachverständigen Zeit, ihre Arbeiten zu vollenden. Man sieht daran unmißverständliche Berechnungen, wie es möglich gemacht werden könnte, auf diesem oder jenem Wege zu wirklichem Gelde zu kommen, kann aber selbst bei der unmißverständlichsten Vermittlung des haarklaren Grundbesitzes im Ruhrgebiet nicht diejenigen Goldmillarden herausdestillieren, nach denen man so dringlich geschrien hat. Aberdies läßt die Washingtoner Regierung jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit ankündigen, daß sie sich bei den Konferenzen über die Reparationsfrage sowie bei allen andern Besprechungen, die sich auf Fragen beziehen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, vertreten lassen werde. Man weiß nicht recht in Paris, ob man sich über diese Mitteilung freuen oder ärgern soll. Eine Erleichterung der Pläne, die man vor sich hat, scheint sie keinesfalls zu bringen. Man stellt sich besorgt wegen der Möglichkeit, daß die neue Konferenz etwa gar schon vor dem 1. Mai stattfinden könnte, denn das würde so aussehen, als würde man sich mit den neuen deutschen Vorschlägen befassen wollen, von denen man, so lange sie nicht vorliegen, doch ohne weiteres angenommen werden müßte, daß sie in der Erörterung wert seien. Jedenfalls müßte am 1. Mai das Fallbeil auf Deutschlands schuldiges Haupt herniederfallen, müßte das Ruhrgebiet besetzt werden, wo zu ja schon alle Vorbereitungen wirtschaftlicher, militärischer und organisatorischer Art getroffen wären.

Der Vollständigkeit halber wird dann auch gleich Oberbroschieren noch in einem Zuge mitgeteilt. Auch in dieser Frage fühlt man in Paris einige Gegensätze zwischen sich und den übrigen Alliierten. Man stellt sich bloß verwundert darüber, daß hier und da Verbindungen gezeitet wird für die Gründe, mit denen Deutschland seine Forderung nach ungeteilter Belassung des Abstimmungsgebietes beim Reiche zu begründen nicht müde wird. Wenn man in diesen Punkten den französischen Forderungen nicht nachgibt, dann würde die Besetzung des Ruhrgebietes an Bedeutung verlieren und das ganze neue politische System, das Frankreich in Europa so mühevoll aufbaute, würde flüchtig bleiben. Das neue politische System — will auf deutsch sagen, die Berechtigung der Eintreibung Deutschlands durch militärische Machtmittel, mit denen seine Verletzungen und Verletzungen weiter zu verhängenden Grenzen umhüllt werden müssen, die wirtschaftliche Erdrosselung eines höchst entwickelten Industrielandes durch Abschüttelung auch des Restes seiner eigenen Kohlfossilen, die ihm noch verbleiben sind, die Vergewaltigung des vertraglich festgelegten Selbstbestimmungsrechts der Obersteiler, deren Stimme nicht gehört werden soll, weil sie dem „ganzen neuen politischen System, das Frankreich in Europa so mühevoll aufbaut“, zuwiderläuft. Auch hier wieder die gleiche Nichtachtung des Versailler Vertrages in einem seiner wesentlichsten Punkte, die wir immer wieder da beobachten müssen, wo Frankreich sich seiner Innehaltung aus kurzfristigen Gründen entziehen will. Wir wissen wohl, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, Oberbroschieren wie Polen und Westpreußen den Polen ohne weis-

tere Formalitäten hingeopfert worden wäre. Aber, nachdem die Volksabstimmung einmal zustande war, legt über ihr Ergebnis einfach zur Tagesordnung übergeben zu wollen, nur weil Herr Briand sie in seine von vornherein festgelegte Gesamtpolitik nicht sinnvoll einzufügen vermog, das wäre denn doch ein Verfahren, das nichtfranzösische Alliierte schwer mit ihrem Gewissen wägen vereinigen können.

Soll demgegenüber es in der Welt Eindruck machen, wenn aus Paris allerhand Nachrichten über Einberufung von Jahresklassen in Lille und anderwärts verbreitet werden, auf der andern Seite wäre dann darauf zu verweisen, daß man in London nach dem unerwartet raschen Zusammenbruch des Generalstreiks zu einer Demobilisierung imstande ist, die Herrn Lloyd George wieder größere Bewegungsfreiheit in der ausländischen Politik zurückgibt. Ob von London oder von Paris aus in den nächsten Tagen der Gang der Entwicklung maßgebend bestimmt werden wird, davon hängt ungleich mehr ab, als der Ruhm dieses oder jenes Staatsmannes, die „Clique“ dieses oder jenes Generals. Soll die Tollheit wild gewordener Kriegsfantastik wirklich austoben dürfen, als wenn die Vernunft in der Welt schon bis zur Wurzel ausgerottet wäre?

Erneutes „Nein“ der Reichsregierung

Auslieferung des ganzen deutschen Goldes verlangt.
Die Reichsregierung läßt durch das amtliche Telegraphenbureau bekanntgeben:

„Wie wir erfahren, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegskostenkommission mündlich die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plänen im besetzten Gebiet, etwa Edin und Koblenz, überzuführen. Diese Maßnahme solle eine Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Befriedigung anderer Gläubiger nicht verfügt wird. Eine schriftliche Übermittlung dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegt, die von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.“

Die Weigerung der Reichsregierung, auch noch unser allerletztes Barvermögen in die Hände der Entente zu geben, ist durchaus berechtigt.

Die Zollgrenze am Rhein.

Die endgültigen Festsetzungen.
Die Interalliierte Rheinlandkommission hat bekanntlich Anordnungen getroffen, wonach der gesamte einer Außenhandelskontrolle unterliegende Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem Auslande vom 20. April d. Js. an durch eine besondere, nur der Interalliierten Rheinlandkommission unterstehende und unabhängig von den Außenhandelsstellen und dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung arbeitende Stelle beaufsichtigt wird. Ebenso sollen für die Zeit vom 10. Mai d. Js. an die in Deutschland bestehenden Aus- und Einfuhrverbote auch für den gesamten Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland ge-



handhabt werden. Diese Maßnahmen bedeuten den...

(auch, das besetzte Gebiet zu einem eigenen Wirtschaftsgebiet zu machen, dessen wirtschaftspolitische Leitung der Interalliierten Rheinlandkommission zusteht. Die Zollgrenze wird so verlaufen, wie es auf unserer Abbildung ersichtlich ist. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr, Geheimrat v. Trendelenburg, hat zur Abwehr der Deutschland aus dieser Zwangsmäßnahme der Entente drohenden Schädigungen nach eingehender Beratung mit den beteiligten Ministerien und Regierungen sowie mit den Berufsorganisationen der rheinischen Wirtschaft sowie dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und mit eingehender Zustimmung aller Beteiligten eine Verordnung erlassen, die die Einrichtung einer Zulassungskontrolle für den Warenverkehr vom besetzten nach dem unbesetzten Deutschland und eine Ablaufgenehmigung für den Warenverkehr in umgekehrter Richtung vorsieht.

Entschiedener Protest der Reichsregierung.

In einer Note an die Entente wendet sich die Reichsregierung gegen den Bruch des Friedensvertrages in Folge der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und vor allem Dingen auch dagegen, daß deutsche Zollbeamte gezwungen werden sollen, gegen die Interessen ihres Vaterlandes zu arbeiten. Die Note besagt darüber:

Gegenüber dem in der Verordnung von der interalliierten Rheinlandkommission in Anspruch genommenen Recht der Requirierung der Dienstleistungen deutscher Zollbeamten für die Zwecke der Durchführung des Zollregimes mag dahingestellt bleiben, ob die Dienste von Beamten überhaupt der Requisition unterliegen. In jedem Fall gestattet die Haager Landkriegsordnung (Art. 52), auf die im Art. 6 des Rheinlandsabkommens hinsichtlich des Umfanges des Requisitionsrechtes ausdrücklich verwiesen wird, die Requisition von Naturalleistungen und Dienstleistungen für keine anderen Zwecke als für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres. Im übrigen widerspricht es, ganz abgesehen von der Rechtslage, allen Grundsätzen der Moral, daß Staatsbeamte gezwungen werden sollen, bei der Durchführung von Maßnahmen mitzuwirken, die ausgesprochenemmaßen als Repressalien gegen dasjenige Land eingeführt werden, dem sie angehören und dem sie durch ihren Beamteneid zu besonderer Treue verbunden sind.“

Die Überführung der toten Kaiserin.

Berlin, 18. April.

Im Haus Doorn fand Sonntag ein Familiengottesdienst statt. Am Sonntag nachmittag versammelte sich die kaiserliche Familie und der Haushalt an dem Sarge, an dem eine Gebetsstunde abgehalten wurde, an die sich alsbald die kirchliche Abschiedsfeier schloß. Um 10 Uhr abends wurde der Sarg die Treppe hinunter auf das bereitstehende Auto getragen, die Familienglieder, mit dem Kaiser an der Spitze, und einige Trauergäste nahmen in weiteren Autos Platz, und der Zug bewegte sich zu der Bahnstation Raarn. Der Sarg wurde in den bereitstehenden Zug gehoben, wo er über Nacht verblieb. Um 8 Uhr 45 Min. morgens begann die Fahrt nach Deutschland. Gegen 10 Uhr traf der Zug an der deutschen Grenze in Elten ein. Der Bürgermeister überreichte als Vertreter der ersten deutschen Gemeinde einen Lorbeerkranz. Im Zuge befanden sich Prinz und Prinzessin Waldert und Prinz Oskar von Preußen, außerdem 18 Personen des Gefolges. In Emmerich wurden ebenfalls Kränze überreicht. Die Ankunft auf Station Wilsdorf erfolgte abends 10 Uhr 45 Min. Berlin und Potsdam haben in großem Maßstabe Trauerfahnen geschmückt angelegt. Die Beisetzungsfeierlichkeiten beginnen morgen früh 10 Uhr.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Nach die Bewertung unserer Schiffe.
Von zuständiger deutscher Seite wird berichtet, daß die Meldung der Agence Havas über das angebliche Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Bewertung des von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ausgelieferten Schiffsräumens unzutreffend ist. Die daraus bezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Meinungsverschiedenheiten über die Größe des Deutschland gutzubringenden Schiffsräumens beruhen vor allem darauf, daß seitens vertriebener allierter Mächte die sogenannten Embargo-Schiffe, d. h. diejenigen Schiffe, welche zur Zeit des Ausbruchs der Feindseligkeiten in Häfen der Alliierten und assoziierten Mächte lagen, zum großen Teil noch nach der Ablieferung an die Entente preisgerichtlich eingezogen worden sind. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen, auch über die Bewertungsfrage, bleibt abzuwarten.

Eine ungerechtfertigte Verhaftung.
Organe der Interalliierten Kommission verhafteten in Oberschlesien auf Anweisung von Oppeln her den Generalleutnant von Aron und seinen Adjutanten, den Hauptmann Nowak. Der General bereifte als Agent für landwirtschaftliche Maschinen den Rosenberger Kreis. Er war bereits vor einigen Tagen schon einmal verhaftet, aber